

1 **Antrag an den SHR in Glücksstadt am 5. April 2014**

2 *Antragsteller: Kreisverband Pinneberg*

3

4 **Gesetz zu „“ ablehnen**

5

6 Hiermit spricht sich die Junge Union Schleswig Holstein gegen ein mögliches Gesetz zur Regelung
7 des Übergangs von der Politik in die Wirtschaft aus.

8

9 **Begründung:**

10 Anders als in Ländern wie z.B. Großbritannien oder den USA schwingt in Deutschland bei dem
11 Wechsel eines Politikers in die freie Wirtschaft sofort der öffentliche Verdacht des grenzenlosen
12 Lobbyismus und des Unanständigen mit. In diesem Zusammenhang wird vermehrt der Ruf nach
13 staatlicher Regelung laut.

14 Der entscheidende Punkt an einem möglichen Gesetz, welches es Politikern über einen Zeitraum
15 von 12 Monaten oder länger verbieten würde, in (bestimmte Bereiche) der Wirtschaft zu wechseln,
16 ist, dass es eben jene Politiker in verantwortungsvollen Positionen unter Generalverdacht stellt. In
17 Wahrheit stellt die Forderung nach solch einem Gesetz weniger die Forderung nach mehr
18 Transparenz als eine Beschädigung des Ansehens der Demokratie dar, wenn die Repräsentanten
19 jener Demokratie sich mit grenzenlosem Misstrauen konfrontiert sehen

20 Anstatt Politiker ohne Ausnahme kritisch zu hinterfragen, sollte man lieber froh sein, wenn der
21 Übergang in das „postpolitische Leben“ reibungslos klappt und Synergieeffekte genutzt werden.